

In einem Beitrag berichtet Klaus Harpprecht in der *ZEIT* vom 4. Mai 2005 über ein Phänomen, das sowohl die 1945 in das Deutsche Reich einrückenden alliierten Streitkräfte in Erstaunen versetzte als auch Kriegsreporter und Besucher Deutschlands in der unmittelbaren Nachkriegszeit wie Clara Menck oder Hannah Arendt unbegreiflich erschien: „Die besiegten Deutschen hatten in der Tat vergessen, dass sie Nazis waren.“ Stand es tatsächlich so schlecht um das kollektive Gedächtnis der deutschen Bevölkerung, dass ihr die Erinnerung an den Nationalsozialismus samt den eigenen Verstrickungen in kürzester Zeit abhandengekommen war?

Während die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der frühen Nachkriegszeit in der politischen und kulturellen Öffentlichkeit vielfach bearbeitet worden ist, hat die Frage nach der unmittelbaren Erinnerung, nach den Einstellungen zum und der Beurteilung des Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung nach Kriegsende in der Geschichtswissenschaft nur wenig Beachtung gefunden. Wie es um die individuellen Erinnerungsleistungen und Einstellungen bestellt war, wird sich auch kaum seriös rekonstruieren lassen. Mit den Ergebnissen der noch vor der deutschen Kapitulation einsetzenden Meinungsumfragen in den von den Alliierten bereits befreiten Gebieten und schließlich in den westlichen Besatzungszonen findet sich dagegen eine Quelle, die verspricht, Informationen zur Frage nach der Beurteilung des Nationalsozialismus durch die

deutsche Bevölkerung über die individuelle Sicht hinaus zu bieten. Inwieweit diese frühen demoskopischen Untersuchungen Aufschluss über die Art der unmittelbaren Erinnerung der NS-Zeit geben können, soll im Folgenden diskutiert werden.

Im Zentrum der Ausführungen stehen dabei vor allem die Umfragen, die in der Zeit vom Kriegsende 1945 bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 auf Veranlassung und durch Abteilungen der amerikanischen Besatzungsmacht durchgeführt wurden. Für die Untersuchung der öffentlichen Meinung in der amerikanischen Besatzungszone und in der frühen Bundesrepublik haben Anna J. und Richard L. Merritt zwei Bände herausgegeben, in denen sie die Berichte zu den durchgeführten Umfragen zusammengefasst haben. Ergänzend zu den von den Amerikanern durchgeführten Umfragen, kann man die Ergebnisse der wenigen frühen Erhebungen des Allensbacher Institutes für Demoskopie zur Meinungsforschung in der britischen und französischen Besatzungszone nutzen.

Erste Umfragen

Den in das Deutsche Reich einrückenden amerikanischen Truppen folgte eine große Zahl von Sozialpsychologen und Soziologen der *Psychological Warfare Division* der US-Armee, deren Arbeit an eine in den Vereinigten Staaten bereits seit den 1930er-Jahren etablierte Demoskopie anschloss. Nach Eintritt in den Zweiten Weltkrieg gehörten in den USA – aber

auch in Großbritannien – die Auswirkungen des Krieges auf die Bevölkerung sowie die Moral und das Durchhaltevermögen der Menschen im eigenen Lande zu den Schwerpunkten der dort durchgeführten Meinungsumfragen. Und das Interesse an den Einstellungen und Haltungen in der eigenen Bevölkerung übertrug sich noch im Kriegsverlauf, vor allem aber nach dem Kriegsende in Europa nunmehr auch auf die deutsche Bevölkerung. Die Aufgabe der *Psychological Warfare Division* in der amerikanischen Besatzungszone war es unter anderem zunächst, das Widerstandspotenzial der deutschen Bevölkerung zu untersuchen und demokratisch orientierte Deutsche ausfindig zu machen, die dann der Armeeführung etwa bei der Beschaffung von Informationen über Einstellungen und Meinungen der Deutschen im Auftrag der US-Armee helfen sollten. Zudem sollten mit Blick auf die militärische Besatzung des Deutschen Reiches auch die Erwartungen an die zukünftige Besatzungsmacht erfasst werden.

Das wissenschaftliche und technische Personal für diese Aufgabe wurde zu einem Teil aus den Mitarbeitern des *United States Strategic Bombing Survey* rekrutiert, die bereits während des Krieges unter anderem deutsche Kriegsgefangene und Teile der deutschen Bevölkerung in den bereits eroberten Gebieten befragt hatten. Im Oktober 1945 wurde dann die *Intelligence Branch of the Office of the Director of Information Control, Office of Military Government for Germany (U.S.)* (OMGUS) ermächtigt, eine Abteilung für Meinungsforschung zu bilden und in der *Information Control Division* zu institutionalisieren.

Insgesamt führte die *Opinion Survey Section* von 1945 bis 1949 72 größere Umfragen durch, wobei sich diese Untersuchungen zunächst allein auf die deutsche Bevölkerung in der amerikanischen Besatzungszone, also Bayern, Hes-

sen und Baden-Württemberg, bezogen. Ab März 1946 wurde West-Berlin und etwas später auch Bremen mit Bremerhaven in die Untersuchungen einbezogen.

Die ersten acht Befragungen der *Opinion Survey Section*, die zwischen dem 26. Oktober und dem 13. Dezember 1945 durchgeführt wurden, bezogen sich auf eine Gruppe von 331 bis 466 Personen aus 39 bis 45 Gemeinden. Ausgeführt wurden diese ersten OMGUS-Umfragen durch amerikanische Interviewer mit guten Deutschkenntnissen. Ab Dezember 1945 rekrutierte man dann allerdings bereits auch deutsches Personal, das für die Feldarbeit ausgebildet und mit ihr betraut wurde. Ab dem 27. Dezember 1945 wurden ungefähr 1000 Personen aus 80 Gemeinden je Umfrage interviewt. Im April 1946 wuchs die Zahl der Befragten auf über 1500 in 141 Gemeinden, und bis April 1947 wurden dann circa 3000 Personen aus 241 Gemeinden befragt. Im Folgenden werden nun lediglich beispielhaft einige ausgewählte Ergebnisse dieser Umfragen skizziert, die sich auf Fragen zur Beurteilung des Nationalsozialismus und zur Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit beziehen.

Die Schuld-Frage

Zwischen November 1945 und Dezember 1946 wurden elf Umfragen durchgeführt, bei denen durchschnittlich 47 Prozent der Befragten der Meinung waren, dass der Nationalsozialismus eine prinzipiell gute Idee war, die lediglich schlecht ausgeführt wurde. Im August 1947 stieg die Zahl derer, die diese Meinung vertraten, auf 55 Prozent und blieb dann relativ konstant (im November 1945 waren es 53 Prozent, im Juli 1946 42 Prozent und im August 1947 55 Prozent). Im Jahr 1948 waren es durchschnittlich 55,5 Prozent. Der Anteil derer, die den Nationalsozialismus für eine schlechte Idee hielten, fiel

von 41 auf circa 30 Prozent (November 1945: 41 Prozent, Juli 1946: 48 Prozent, August 1947: 35 Prozent).

Bezogen auf die Schuldigkeit der Angeklagten im Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozess, machten die Deutschen in der amerikanischen Besatzungszone folgende Angaben: Im Dezember 1945 hielten 70 Prozent der Befragten die Angeklagten für schuldig, im März 1946 waren es 75 Prozent und im August 1946 52 Prozent. Nach Verkündung der Urteile hielten 55 Prozent diese für gerecht, 21 Prozent hielten sie für zu milde.

In einer weiteren Befragung wurden im Oktober 1946 2983 Deutsche in der amerikanischen Besatzungszone zur Kriegsschuld befragt. 92 Prozent der Befragten wiesen nach dieser Umfrage eine kollektive Kriegsschuld der Deutschen zurück, 51 Prozent waren der Meinung, dass die Deutschen, da sie Hitlers Regierung unterstützt hätten, eine Teilschuld trügen. In einer Befragung von 3005 Personen in den letzten beiden Dezemberwochen des Jahres 1946 gaben 63 Prozent der Befragten an, dass die Deutschen eine Teilschuld am Krieg trügen, 28 Prozent waren der Meinung, dass die Deutschen verantwortlich für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs sind. 68 Prozent der Befragten gaben an, dass der harte Versailler Vertrag den Deutschen nicht das Recht gegeben habe, einen weiteren Krieg zu beginnen, aber 52 Prozent nannten den Versailler Vertrag zumindest als Grund für den Krieg. Schließlich waren 83 Prozent der Befragten der Meinung, dass „beide Seiten“ im Zweiten Weltkrieg Verbrechen gegen die Menschlichkeit und den Frieden begangen hätten.

„Gut“ und „Böse“

Auch nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 behielten die Amerikaner ihr Interesse an den politischen Einstellungen der Deutschen und ihren Einstellungen gegenüber den Amerikanern. Das *Office of Military*

Government, United States wurde durch die *U.S. High Commission for Germany* (HICOG) ersetzt, und damit wurde auch die bisherige *Opinion Survey Section* zum *Reactions Analysis Staff* im HICOG *Office of Public Affairs* umgebildet. In seiner fünf-einhalbjährigen Existenz hat der HICOG *Reactions Analysis Staff* mehr als 100 Umfragen durchgeführt, die nun auch zum Teil Erhebungen im gesamten Bundesgebiet Westdeutschlands beinhalteten.

In acht bundesweiten Untersuchungen vom Mai 1951 bis zum Dezember 1952 sahen durchschnittlich 41 Prozent der Befragten mehr „Gutes“ als „Böses“ in der nationalsozialistischen Idee – 36 Prozent mehr „Böses“ als „Gutes“. Bei der Benennung positiver Aspekte des Nationalsozialismus standen die guten Arbeitsmöglichkeiten und Arbeitsplatzangebote an erster, der Lebensstandard und die gute soziale Vorsorge an zweiter und die gute Organisation, Disziplin und Sicherheit an dritter Stelle.

Als negative Aspekte wurden die Kriegsvorbereitungen, die Wiederbewaffnung und der Krieg selbst genannt. Hinzu kommen der Freiheitsverlust, die Diktatur, die Rassenpolitik, die Vernichtung der Juden, Gewalt, Grausamkeiten und die Konzentrationslager. Was die Frage nach der Schuld der Deutschen am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs anbelangt, so waren im Mai 1955 43 Prozent der Befragten der Meinung, dass Deutschland die Schuld am Krieg trage, vierzehn Prozent beschuldigten andere Länder, und 15 Prozent gaben „beiden Seiten“ die Schuld. Im April 1956 wiesen 47 Prozent Deutschland die Schuld zu, während zwölf Prozent sie bei anderen Ländern sahen und elf Prozent die Schuld Deutschland und auch anderen Ländern zuwiesen (Quelle: Merritt/Merritt 1980).

Ansichten zu Hitler

Auf die Frage, die 100 Personen im Oktober 1948 gestellt wurde, ob sie mit „der

Innen- und Außenpolitik Deutschlands oder einem von beiden“ einverstanden gewesen seien, „nachdem die Nationalsozialisten an die Macht gekommen waren“, lauteten die Antworten folgendermaßen: Einverstanden sowohl mit der Innen- als auch mit der Außenpolitik waren 25 Prozent der Befragten; nur mit der Innenpolitik 19 Prozent; nur mit der Außenpolitik 4 Prozent („Weder-noch“: 25 Prozent). Auf die Frage, ob ihnen etwas Besonderes am Nationalsozialismus gefallen habe, antworteten 78 Prozent mit Ja und 16 Prozent mit Nein. 57 Prozent der Befragten hielten den Nationalsozialismus für eine gute Idee, die schlecht ausgeführt worden sei, 28 Prozent verneinten dies, und 15 Prozent waren unentschieden. Auf die Frage, was denn der wichtigste Grund dafür gewesen sei, dass die Nationalsozialisten 1933 an die Macht gekommen seien, antworteten im Juni 1950 1000 Frauen: 28 Prozent der Befragten gaben positive Erklärungen „zu Programm, Propaganda, Tatkraft und Geschlossenheit der Nationalsozialisten, zu ihrem guten Willen, die Lage der Massen zu verbessern, und zur persönlichen Anziehungskraft Hitlers und seines Kreises“ ab. Fünf Prozent bezogen sich auf „negative Erklärungen zur Machtübernahme durch Gewalt, Wahlbetrug und Täuschung“. 32 Prozent der Befragten verwiesen in diesem Zusammenhang auf die Auswirkungen der wirtschaftlichen Lage, wie etwa Arbeitslosigkeit, materielle Not, wirtschaftlicher Niedergang Deutschlands, als begünstigende Faktoren für den Aufstieg der Nationalsozialisten. 23 Prozent machten das „Versagen der Demokratie (Kritik an Parteien und parlamentarischem System)“ verantwortlich. Vier Prozent der Befragten sahen in der „Finanzierung durch Kapitalisten“ einen gewichtigen Grund, und neun Prozent nannten sonstige Gründe, beispielsweise den Versailler Vertrag, nationale Demütigung oder Bedrohung

durch Bolschewismus. Eine weitere Umfrage bezog sich auf Meinungen zu Hitler selbst. Die Befragten sollten unter einer Auswahl von verschiedenen Ansichten diejenige benennen, die ihrer Meinung am nächsten kommen würde. Durchschnittlich vierzig Prozent der Befragten stimmten folgender Aussage zu: „Hitler hat zwar manches Gute vollbracht, aber seine verhängnisvollen Taten und Eigenschaften überwogen bei Weitem“; 28 Prozent waren der Meinung, dass Hitler ein gewissenloser Politiker gewesen sei, der an vielen Schrecken schuld sei; 22 Prozent stimmten der Formulierung zu: „Hitler hat zwar einige Fehler gemacht, aber er war jedenfalls ein vorzüglicher Staatsführer“ und zehn Prozent, dass Hitler der größte Staatsmann dieses Jahrhunderts gewesen sei und seine wirkliche Größe erst später erkannt werden würde (Quelle: Elisabeth Noelle, Erich Peter Neumann, *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955*. Allensbach 1956).

Amnesie oder Ausblendung?

Dass sich in Deutschland in der unmittelbaren Nachkriegszeit kaum jemand an den Nationalsozialismus und die Verbindung breiter Kreise der Bevölkerung mit dem NS-Staat im Sinne einer echten Amnesie zu erinnern vermochte, wird niemand ernstlich behaupten wollen. Die Verbindungen mit dem System waren im „Führerstaat“ zu mannigfaltig und die „Folgen“ des „Dritten Reichs“ schließlich für alle unmittelbar sichtbar und zu spüren. Die Art der in den Meinungsumfragen der amerikanischen Besatzungsmacht und Allensbacher Demoskopien artikulierten Beurteilung des Nationalsozialismus deutet jedoch auf eine charakteristische Selektivität der Erinnerung hin: Gegenüber einzelnen Bereichen des Nationalsozialismus und NS-Staates wie der Außenpolitik, und damit gegenüber dem Krieg, dokumentiert sich eine, wenn auch

nicht immer eindeutige, Ablehnung und Abgrenzung. Während dagegen andere Bereiche wie beispielsweise Teile der nationalsozialistischen Innenpolitik, mit Ausnahme der „Rassenpolitik“, deutlich positiv beurteilt werden. Wieder andere Aspekte wie die politische und moralische Schuld auch der deutschen Bevölkerung und ihrer Verantwortung werden weitestgehend ausgeblendet.

Fragen nach der Schuldigkeit der vor dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal angeklagten Personen und nach der Verantwortlichkeitsbeziehungsweise Teilschuld der Deutschen für den Krieg scheinen recht unstrittig, auch wenn die Zahl derer, die in späteren Untersuchungen die Kriegsschuld anderen Ländern oder dem Deutschen Reich zusammen mit anderen Ländern zuweisen, nicht zu vernachlässigen ist. Merritt und Merritt (1970) selbst kommen bei der Zusammenfassung der OMGUS-Umfragen zu zwei grundsätzlichen Feststellungen. Zum einen – so lassen sich ihrer Meinung nach die Umfrageergebnisse interpretieren – gab es in der amerikanischen Besatzungszone nur noch wenige tief überzeugte Nationalsozialisten. Sie sprechen von circa fünfzehn bis achtzehn Prozent unverbesserlicher Nazis unter der erwachsenen Bevölkerung in der frühen Nachkriegszeit. Die Masse der Deutschen lehnte ihrer Meinung nach spezielle Aspekte des Nationalsozialismus und die Führer ab, und es erschien ihnen aufgrund der Umfragen zumindest für die nahe Zukunft unwahrscheinlich, dass sie wieder einem Führer wie Hitler folgen würden – vor allem dann nicht, wenn er in „Nazi-Gewändern“ daherkäme.

Zum anderen kommen Merritt und Merritt zu dem Ergebnis, dass die Deutschen in der amerikanischen Besatzungszone insgesamt noch weit davon entfernt waren, sich einheitlich vom Nationalsozialismus in seiner Gesamtheit abzuwenden. Dies wird ihrer Meinung nach vor allem an der von vielen vertretenen Auf-

fassung deutlich, dass der Nationalsozialismus eine gute Idee gewesen, jedoch schlecht ausgeführt worden sei. Zudem wandten sich noch zu viele Befragte gegen eine Verantwortung für die begangenen Verbrechen.

Die zentrale Problematik der Selektivität der Erinnerung in ihrer Konsequenz für die Auseinandersetzung der deutschen Bevölkerung mit dem Nationalsozialismus in der frühen Nachkriegszeit ist demnach darin zu sehen, dass das NS-System als Ganzes nicht infrage gestellt wurde, sondern immer nur Teilausschnitte, während andere positiv bestätigt wurden. Auf der Basis dieser selektiven Erinnerung konnte eine Abwendung und Verurteilung des Nationalsozialismus und des NS-Staates als Ganzes nicht erfolgen. Die Deutschen waren sich zwar über die militärische, weniger aber über die „politische und viel weniger über die moralische Katastrophe des nationalsozialistischen Regimes, an der sie alle ihren Anteil hatten“, im Klaren.

Wert der Ergebnisse

Umfragen der Militärregierung förderten, so Hermann Graml, bei vielen Interviewten immer wieder die Meinung zutage, dass es ihnen in der Zeit von 1933 bis 1939 besser gegangen sei als im Jahr 1946 oder 1947. „Dabei ist ja lediglich eine für jedermann evidente Wahrheit konstatiert worden, und das Aussprechen einer solchen Wahrheit ist als Indiz für das Grund- und Gesamturteil der Befragten über Nationalsozialismus und Drittes Reich gänzlich untauglich“ (Hermann Graml 1994). Graml macht hier auf ein zentrales Problem aufmerksam, das sich im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Meinungsforschung in der amerikanischen Besatzungszone und vor allem den Umfragen zur Beurteilung des Nationalsozialismus ergibt. Es stellt sich nämlich die Frage, was die Ergebnisse dokumentieren beziehungsweise inwieweit unter Heranzie-

hung der Ergebnisse dieser Umfragen überhaupt gültige Aussagen über die Erinnerung an und die Bewertungen des Nationalsozialismus durch die deutsche Bevölkerung in der frühen Nachkriegszeit gemacht werden können.

Beispielhaft ist die Aussagekraft der wohl prominentesten Frage nach dem Nationalsozialismus als guter Idee, die lediglich schlecht ausgeführt wurde, zu hinterfragen, deren Ergebnisse bis heute in historischen Abhandlungen immer wieder gerne bemüht werden. Bei der Beurteilung dieser Fragestellung, die über mehrere Jahre genutzt wurde, ist in erster Linie herauszustellen, dass in der Zeit der Befragung intuitiv anderes mit dem Nationalsozialismus in breiten Kreisen der deutschen Bevölkerung verbunden wurde als etwa in den 1970er-Jahren oder der Gegenwart. So sind im Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegszeit heute etwa die verbrecherischen Dimensionen der nationalsozialistischen Vergangenheit den meisten Deutschen historisch in stärkerem Maße bewusst (Kurt Sontheimer 1999).

Bei der Frage nach der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der deutschen Bevölkerung unmittelbar nach 1945 ist zu bedenken, dass von einer intensiven Auseinandersetzung mit der NS-Zeit kaum zu sprechen ist. Der Einzelne war in der Notsituation der Wirren der frühen Nachkriegsjahre zunächst mit sich selbst, dem eigenen beziehungsweise mit dem Überleben der ihm nächsten Menschen beschäftigt. Angesichts dieser Lebensumstände vermag es kaum zu verwundern, dass die befragten Deutschen häufig in erster Linie positive Erinnerungen vor allem mit der Zeit von 1933 bis 1939 verbanden. Festgemacht wurde diese Bewertung etwa an der geringen Arbeitslosigkeit, der ausreichenden Versorgung, einer vermeintlichen Gleichberechtigung in Europa, der „Volksgemeinschaft“ und der scheinbaren „Aufhe-

bung“ der Klassenunterschiede, der Beschäftigungspolitik und anderen Bereichen der, wie sich in den Umfragen selbst herausstellte, vielfach positiv bewerteten Innenpolitik. Die Ungeheuerlichkeit des Nationalsozialismus in seinen verbrecherischen Dimensionen bis hin zum Juden-genozid sowie Repression und Terror auch im Innern scheint im Bewusstsein der Deutschen in der frühen Nachkriegszeit weniger verankert gewesen zu sein.

Als zweites Beispiel sei auf die Doppeldeutigkeit der Umfrageergebnisse hingewiesen, die sich auf die Zustimmung zu den Urteilen des Nürnberger Kriegsverbrechertribunals beziehen. Sie können zweifelsohne unterschiedlich interpretiert werden: Zum einen kann man aus den Angaben schließen, dass die Nachkriegsdeutschen tatsächlich daran interessiert waren, dass verantwortliche Exponenten des NS-Systems durch das Militärtribunal verurteilt wurden. Es ist aber ebenso möglich, dass gerade durch den Verweis auf die Verantwortlichkeit führender Nationalsozialisten die eigene Verantwortung der Befragten und damit die Mitverantwortung der Bevölkerung als Träger des Regimes verdrängt beziehungsweise abgewiesen werden sollte.

Geringe historische Aussagekraft

Insgesamt lassen die Umfrageergebnisse keine eindeutigen Aussagen über die Beurteilung des Nationalsozialismus als Gesamtsystem durch die deutsche Bevölkerung in der frühen Nachkriegszeit zu. Damit stellt sich die Frage nach der Bedeutung und dem Wert der Umfragen und ihrer Ergebnisse als historische Quellen. Um aussagekräftig sein zu können, setzten die Umfragen der amerikanischen Besatzungsmacht etwas voraus, was in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung der frühen Nachkriegszeit noch nicht stattgefunden hatte: eine intensive Beschäftigung und Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Die Äu-

ßerungen der Befragten spiegeln daher eine Vielzahl unreflektierter Urteile wider, die sich ausschließlich auf einzelne Segmente des Systems beziehen, wobei diese Teilurteile stark an die Situation und Lebensumstände in den Nachkriegsjahren gebunden sind. Die Aussagekraft der Umfrageergebnisse und ihr Wert als Quellen, bezogen auf die Frage nach der Beurteilung des Nationalsozialismus durch die deutsche Bevölkerung, werden damit gemindert.

Abschließend ist noch auf einen weiteren Umstand hinzuweisen, der die Aussagekraft der demoskopischen Umfragen als historische Quellen einschränkt: Die Erhebungen wurden nicht von einer neutralen Institution durchgeführt, sondern von einer Besatzungsmacht, die ein fremdes Land nach einer in diesem Falle langjährigen militärischen Auseinandersetzung von bisher unbekanntem Ausmaß und unter Androhung weiterer militärischer Gewalt besetzt hielt. Fragebogenerhebungen wurden in dieser Situation seit der Konfrontation der deutschen Bevölkerung mit dem „Entnazifizierungsbogen“ und den Befragungen der Alliierten „schnell zu einem Symbol der Niederlage 1945 und der Unterwerfung und Kontrolle der Besatzung“ (Anja Kruke 2007).

Zwar wurde die Feldarbeit im Rahmen der Umfragen seit 1949 verstärkt von

deutschen Angestellten durchgeführt und bei der Befragung die Anonymität im Rahmen der Auswertung zugesichert; der Initiator der Umfrage blieb jedoch erkennbar. Im November 1948 wurde von der *Opinion Survey Section* selbst eine spezielle Umfrage entworfen, um festzustellen, welche Folgen sich aus der Auftraggeberschaft des OMGUS ergeben. Zwei Gruppen von Interviewern – die einen sollten das *Military Government* und die anderen ein *German public institute* repräsentieren – führten eine Befragung in West-Berlin durch, wobei verschiedene Aspekte angesprochen wurden wie zum Beispiel politische Einstellungen, Probleme der Besatzungspolitik et cetera. Das Ergebnis der Untersuchung wurde so interpretiert, als sei der *sponsorship-effect* nur gering, sodass die Umfrageergebnisse, bezogen auf ihre Gültigkeit, nicht infrage gestellt werden müssten. Interessant aber ist, dass sich die Unterschiede zwischen den beiden Versuchsgruppen gerade bei den Antworten auf die Fragen fanden, die unter anderem den Nationalsozialismus zum Thema hatten. Die Auswirkungen des sogenannten *sponsorship-effect* traten also gerade bei Fragen zur Beurteilung des Nationalsozialismus zutage und schränken die Aussagekraft und Gültigkeit der Umfrageergebnisse zu diesem Themenkomplex weiter ein.

Die Juniausgabe der *Politischen Meinung* wird sich in ihrem Schwerpunkt den

„Herausforderungen des internationalen Terrorismus an die Demokratie in Deutschland“

zuwenden. Unter anderem werden Beiträge von Otto Deppenheuer, Günther Nonnenmacher und Eckart Werthebach erscheinen.

Eine weitere Rubrik wird sich mit dem Thema „Soziale Marktwirtschaft und Globalisierung“ befassen.